

Investitionsprozesse und Krise in Westberlin

Robert Katzenstein

Westberlin war einst, noch am Ende der fünfziger Jahre, eine reiche Stadt, denn Reichtum mißt sich nicht an Schätzen oder Devisenreserven, sondern Reichtum, das ist immer die produktive Kraft der Bewohner, die die materiellen Güter erzeugt hat und sie kontinuierlich, Tag für Tag, neu erzeugt. Hier aber lag und hier liegt Westberlins Reichtum. Westberlin verfügte nicht nur über mehr als eine Million Erwerbstätige, sondern von seinen Beschäftigten waren sogar mehr als die Hälfte in den produzierenden Bereichen tätig; eine für den damaligen Stand der Produktivkraftentwicklung phantastische Relation. Und wiederum mehr als die Hälfte dieser in den produzierenden Bereichen Tätigen waren in solchen Wachstumsbranchen wie dem Maschinenbau, der elektrotechnischen und der chemischen Industrie beschäftigt.

Auf dem Weg, auf den die Stadt von den ökonomisch und politisch Verantwortlichen gedrängt wurde, wurde genau diese Substanz ausgehöhlt: Bis 1975 ist die Zahl der Beschäftigten insgesamt auf rund 0,8 Millionen zurückgegangen; vor allem aber beträgt der Anteil der produktiven Bereiche daran nunmehr nur noch ein gutes Drittel.¹ Und auch qualitativ hat sich die Produktionsstruktur drastisch verschlechtert. Innerhalb der einzelnen Zweige sind die Wachstumsbranchen entweder ausgelagert oder hier gar nicht erst aufgebaut worden, z. B. die Elektronik innerhalb der Elektrotechnik. Wir sehen also, daß Westberlin Gefahr läuft, seine ökonomische Lebenskraft zu verlieren. Setzt die Stadt diesen bisherigen Weg fort, so kann man sich an den fünf Fingern abzählen, wann sich die Struktur der Stadt so verändert haben wird, daß die produktiven Bereiche nur noch eine untergeordnete Rolle spielen werden. Schon jetzt lebt jeder vierte Westberliner von einer Rente, und schon jetzt ist die Zahl der öffentlich Bediensteten höher als die der industriell beschäftigten Werk­tätigen. Es ist nicht so sehr der Rückgang der Potenzen, der Sorgen bereitet, als vielmehr das Tempo, das dieser Prozeß angenommen hat: Wenn die Vernichtung industrieller Arbeitsplätze durch die Unternehmer so weitergeht wie in den letzten fünf Jahren, dann könnte schon in zehn Jahren die Zahl der Industriearbeiter geringer sein als selbst die der Studenten. Und was Sorge bereiten muß — weil es ein typisches Symptom für den Verfall dieser kapitalistischen Ordnung ist —, ist, daß das Kapital die Stadt insgesamt nur noch als Spekulationsobjekt betrachtet; selbst der alte Wohnungsbestand wird abgestoßen und auf dem Eigentumswohnungsmarkt spekulativ verwertet. Dieses ganze riesige produktive Gebilde Westberlin wird also ausgehöhlt, verliert mehr und mehr seine produktive Kraft.

Standortnachteil oder Profitmechanismus?

Die Auszehrung Westberlins hat natürlich eine ganze Reihe von Gründen. Ich will hier nur auf einen Zusammenhang eingehen, den Zusammenhang zwischen Investitionsprozessen und

¹ Berechnungsgrundlage oder Quelle für alle in diesem Artikel angeführten Zahlen: Statistisches Jahrbuch, Westberlin 1954, sowie Zahlen zur Entwicklung der Wirtschaft in Berlin (West) 1950—1975, beide herausgegeben vom Statistischen Landesamt

Krise, weil in ihm in bezug auf Westberlin die Kernproblematik scharf gebündelt und daher klar sichtbar wird. Wenn man die Bedeutung der Investitionsprozesse für Westberlin untersucht, dann kann man — anders als man dies normalerweise tut — nicht von den Investitionen in Westberlin selbst ausgehen. Westberlin war nie ein selbstgenügsamer, in sich abgerundeter Produktionsorganismus, sondern es war ein Zentrum der Investitionsgüterindustrien und folglich verflochten und beeinflußt von den Investitionen im ganzen früheren Deutschland, also einschließlich der Industriezentren, die heute in der BRD, in der DDR und in Volkspolen liegen.

Mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen der Stadt waren, wie schon gesagt, in den produktiven Bereichen beschäftigt. Fast 50 Prozent aller Beschäftigten aber waren wiederum in den beiden großen Zweigen der Investitionsgüterindustrien, dem Maschinenbau und der elektrotechnischen Industrie, beschäftigt; die kleineren Zweige der Investitionsgüterindustrien gar nicht mitgezählt. In diesen Strukturdaten zeigen sich ganz konkret das Produktionspotential, das in Westberlin vorhanden war, und zwar in seiner spezifischen

Ausrichtung hinsichtlich Anlagen und Qualifikation der Beschäftigten, sowie die Abhängigkeit Westberlins von Prozessen, die anderswo ablaufen. Daran ändert sich auch nichts, wenn man die anderen großen Zweige innerhalb der Industrie, die chemische und die Bekleidungsindustrie, betrachtet. Auch sie sind alles andere als nur von lokaler Bedeutung. Wesentlich sind aber vor allem die Investitionsprozesse, weil sie diese Abhängigkeit in ganz besonderer Form augenfällig machen.

Als Ursache für die wirtschaftliche Auszehrung und die besondere Krisenanfälligkeit Westberlins wird in der Regel der Standortnachteil der Stadt angeführt. In gewissem Sinne ist das auch richtig. Ein Grund für die Auszehrung liegt in der Tat darin, daß die Stadt auf das engste mit dem Produktionsorganismus der BRD verbunden wurde, von dem sie geographisch weit entfernt ist. Man muß das aber ergänzen: Nicht diese Verbindung an sich ist ursächlich, auch nicht die Lage der Stadt weit außerhalb des Produktionsorganismus, mit dem sie verbunden wurde, sondern ursächlich ist die kapitalistische Grundlage, auf der sich die Produktion vollzieht. Man muß sich das klarmachen, weil es bedeutet, daß hier mit dem Profitmechanismus Lösungen für die Probleme der Stadt nicht zu finden sind. Das Ganze ist auch leicht einsehbar, wenn man bedenkt, daß es sich hier nicht um ein Phänomen handelt, das nur Westberlin trifft. Im Gegenteil, alle Randgebiete im kapitalistischen Wirtschaftsraum und selbst zentral gelegene Gebiete mit herkömmlichen zurückbleibenden Produktionen, wie z. B. das Ruhrgebiet, sind ähnlichen Auszehrungsprozessen unterworfen. Auf der anderen Seite sehen wir, daß sozialistische Länder wie z. B. Kuba, das durch den amerikanischen Wirtschaftsboykott aus seinen traditionellen Wirtschaftsverflechtungen herausgebrochen wurde und sich notgedrungen mit dem weit entfernten sozialistischen Wirtschaftsraum verflechten mußte, zwar ganz erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten zu überwinden hatten, aber nicht einer zunehmenden ökonomischen Auszehrung unterworfen wurden. Im

Gegenteil, die notwendige — und sehr kostspielige — Umstrukturierung der kubanischen Wirtschaft hat inzwischen begonnen, Früchte zu tragen, und für Kuba eröffnen sich heute sehr weitgehende Entwicklungsperspektiven. Wir brauchen übrigens nicht bis nach Kuba zu schauen. Es genügt, wenn wir den Mecklenburger Raum in der DDR und Schleswig-Holstein in der BRD betrachten, um den Unterschied festzustellen: auf beiden Seiten staatliche Zuschüsse zur Entwicklung des Gebietes, aber nur auf der DDR-Seite tatsächliche und über lokale Kerne hinausgekommene Ausbildung eines industrialisierten und mit der übrigen DDR verflochtenen Gebietes, das heute zur Gesamtentwicklung der DDR wesentlich beiträgt. Die eigentliche Ursache der wirtschaftlichen Auszehrung kann also nicht die geographische Lage sein, sondern der Standort wird nur auf der Basis bestimmter gesellschaftlicher Grundbedingungen zu einem schweren und häufig unüberwindbaren Problem für die wirtschaftliche Entwicklung. Das gleiche gilt für die Investitionsprozesse; auch sie werden nur unter bestimmten Bedingungen zum Problem.

Investitionen, Krise und die einseitige Orientierung der Westberliner Wirtschaft

Die Investitionsprozesse spielen im Zusammenhang mit der Produktionsbewegung eine große Rolle, denn sie werden zur materiellen Basis jenes typischen zyklischen Auf- und Schwunges der Produktion, dem wir im Kapitalismus unterworfen sind. Man kann sich das relativ einfach klarmachen. Solange Investitionen getätigt werden, z. B. eine Fabrik gebaut wird, geht von ihnen nur Nachfrage aus, aber keinerlei Angebot; solange die Fabrik nicht fertig ist, kann sie nicht produzieren und folglich auch keine Ware auf den Markt werfen. Sind die Investitionen aber einmal getätigt, ist die Fabrik fertig, so kehrt sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage vollständig um. Die Fabrik beginnt Waren auf den Markt zu werfen, aber die Nachfrage, die von ihrem Bau ausging, fällt plötzlich völlig weg, und neue Nachfrage großen Stils nach Waren der entsprechenden Art geht von ihr erst dann wieder aus — von Reparaturen abgesehen —, wenn der Zeitpunkt der Erneuerung ihrer Anlagen herangereift ist, also nach Jahren. Investitionen entziehen dem Markt Waren, solange sie getätigt werden, ohne ihm welche zuzuführen. Sie bilden also reine Nachfrage. Daher kommen die besonderen Wachstumsimpulse, die von den Investitionen ausgehen. Sind sie aber einmal fertiggestellt, dann führen sie zusätzlich Waren auf den Markt, zusätzliches Angebot, während gleichzeitig die von ihnen ausgehende Nachfrage wegfällt. Das Verhältnis von Nachfrage und Angebot auf dem Markt wird gestört, und die Krise ist da. Man könnte nun sagen, daß das Ganze kein Problem wäre, wenn die Investitionen sukzessive über die Zeit verteilt erfolgten; wenn also der Bau der Fabriken und Anlagen nacheinander erfolgte. Aber genau dies ist im Kapitalismus nicht möglich. Das Kapital ist entweder im Geschäft, solange es sich bietet, oder es ist draußen und geht dann letzten Endes pleite. Kein kapitalistisches Unternehmen kann sich z. B. auf die Dauer Lieferfristen von zwei oder drei Jahren leisten, ohne daß ihm die Konkurrenten die Kunden wegschnappen und es langsam aber sicher vom Markt verdrängen. Unter dem Druck der Konkurrenz ballen sich die Investitionen im Kapitalismus zusammen, lösen so einen Nachfrageschub aus und gehen dann ebenso schlagartig zurück, wenn der Umkehrzeitpunkt gekommen ist, d. h. wenn die fertiggestellten Anlagen ihre zusätzlichen Warenmassen auf den Markt zu werfen beginnen, während gleichzeitig die von diesen Investitionen ausgehende Nachfrage nachläßt. Dieser Prozeß ist die materielle Basis, von der aus Folgewirkungen auf alle anderen Bereiche von Produktion, Handel, Verkehr, Dienstleistungen usw. ausgehen: Die ganze Nachfrage, die mit den Investitionen zusammenhängt, nach Stahl und Beton, nach Energie und Maschinen, nach Arbeitskräften und, über diese, nach Konsumgütern; diese ganze Nachfrage geht zurück, auch der Handel, das Transportwesen usw. werden getroffen, und von allen diesen getroffenen Zweigen gehen dann wieder weitere Negativeinflüsse derselben Art aus. Hier wird also ein Mechanismus in Gang gesetzt, der die Verwertungsbedingungen für das Kapital ganz allgemein verschlechtert, so die Produktion herunterdrückt, Entlassungen bewirkt, die Krise immer mehr vertieft. Das ist im Kapitalismus gesetzmäßig, durch die Konkurrenz bedingt, und deshalb lassen sich diese Schwankungen der Investitionsprozesse unter kapitalistischen Verhältnissen auch nicht ausschalten.

Obwohl heutzutage vom bürgerlichen Staat versucht wird, stark dagegenzusteuern, sind das ganz erhebliche Schwankungen: In der BRD sind z. B. die industriellen Investitionen von 1969 bis 1971 sprunghaft von 28,9 auf 40,8 Milliarden DM gestiegen, um dann bis 1973 wieder ebenso plötzlich auf 35,7 Milliarden DM zurückzufallen. Man kann sich vorstellen, was das für die Beschäftigung, den industriellen Verbrauch, die Konsumtion, den Verkehr, den Handel u. a. für Folgen hat, wenn hier ein solcher Komplex innerhalb von vier Jahren um gut 40 Prozent ansteigt und gleich wieder um die Hälfte des Betrages sinkt. Man kann sich auch vorstellen, welche Auswirkungen derartige Prozesse in Westberlin haben müssen, wenn hier rund 50 Prozent aller industriell Beschäftigten ganz unmittelbar davon abhängen. Hier haben wir eine wesentliche Ursache dafür, daß Westberlin von allen Krisen in der BRD in besonderem Maße getroffen wird, denn Westberlin hat sich in seinen Produktionsverflechtungen inzwischen fast voll auf die BRD orientiert.

Diese Orientierung auf die BRD zeitigt noch andere Folgewirkungen. Investitionen werden nicht um der Investition willen getätigt. In ihnen materialisiert sich wissenschaftlicher und technischer Fortschritt. Ein Unternehmer investiert, um die Produktion gewinnträchtig zu machen, d. h. um sie auszudehnen, um sie zu rationalisieren, um sie in ihrer Struktur so zu verändern, daß sie dem Markt besser angepaßt ist usw. Die ganze Technik wird verändert. Öl verdrängt die Kohle, Synthefasern die Naturfasern (auch Naturfasern wieder Synthefasern, wie z. B. durch das Vordringen der Jeans), Transistoren die Radoröhre. Alte Industriezweige beginnen so zu stagnieren und „notleidend“ zu werden, und neue bilden sich heraus. Das heißt aber auch, daß die Standorte der Produktion sich verändern, sich neue industrielle Ballungszentren herausbilden, alte veröden. Das ist ein Prozeß, der im Kapitalismus anarchisch, spontan abläuft und der mit gutem Willen allein auch nicht zu steuern ist. Neue Industrien entstehen spontan, in Zentren, die für ihre Entwicklung günstig sind, die also günstige Bedingungen für die Verwertung des Kapitals bieten. Verbundindustrien zu diesen neuen Produktionen bilden sich heraus. Die Kehrseite der Medaille ist die Verdrängung herkömmlicher Produktionen und die Verödung der Regionen, in denen sie angesiedelt sind. In dem Maße, in dem sich der technische Fortschritt beschleunigt und dieser Prozeß um sich greift, in dem Maße schlägt er sich auch in einer zunehmenden Fülle von Struktur- und Regionalkrisen nieder. Und das wirkt sich wiederum auf Westberlin in besonderem Maße aus.

Wir kommen hier wiederum zur Standortproblematik. Es ist nicht der angebliche Standortnachteil Westberlins, der hierfür ursächlich ist, sondern der gesamte Komplex von Verwertungsbedingungen für das Kapital, der durch den Gesamtzusammenhang der Produktion in solchen Ballungsgebieten gegeben wird und von dem Transportkosten nur ein einziger und keineswegs unbedingt der wichtigste Teil sind. Ich will das an einem Beispiel klarmachen: Nehmen wir die Düngemittelproduktion. Man sollte meinen, sie wäre in landwirtschaftlichen Gebieten günstig angesiedelt. Weit gefehlt. Bei der Düngemittelproduktion fallen so große Mengen Ammoniak an, daß nicht nur wesentliche Profite wegfallen, wenn dieser Ammoniak nicht loszuschlagen ist, sondern auch noch seine Vernichtung zu einem Problem mit beträchtlichen Kostenauswirkungen wird. Düngemittelfabriken sind also ohne entsprechende Verbundindustrien oder wenigstens ohne die Infrastrukturen zu einer kostengünstigen Abfallbeseitigung überhaupt nicht rentabel. Das gleiche gilt generell mehr oder minder für jede Produktion. Die Kapitalverwertungsbedingungen werden also heutzutage durch die Bedingungen bestimmt, die durch einen solchen Gesamtproduktionszusammenhang gegeben sind. Hier haben wir z. B. auch eine Ursache dafür, daß bestimmte Produktionen, namentlich auch Produktionen auf hohem gesellschaftlichem Niveau, sich gerade in den imperialistischen Metropolen ansiedeln und nicht in den jungen Nationalstaaten. In dieser Komplexität der Verwertungsbedingungen, die ja die ganze Kapitalbewegung regulieren, finden wir die Ursache für das beständige schnellere Wachstum der kapitalistischen Industrieländer gegenüber den kapitalistischen Entwicklungsländern. Hier zeigt sich auch, daß grundlegend andere Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung als der Profit notwendig sind, um diese Diskrepanzen zu überwinden.

Das alles gilt natürlich generell für die Kapitalbewegung und die Gesetzmäßigkeiten, die sich daraus ergeben, es gilt für die Entwicklung der verschiedenen Regionen innerhalb eines

Landes, und es gilt auch für Westberlin. Die Strukturen des Maschinenbaus, der elektronischen Industrie usw. selbst verändern sich, und die Wachstumssparten innerhalb dieser Zweige — also etwa der Chemieanlagenbau oder die Elektronik usw. — ziehen in die neuen industriellen Schwerpunktzentren, in denen sie in den Gesamtverbund der Produktion eingegliedert sind. In Westberlin aber verbleiben herkömmliche Produktionen, die nach und nach an Bedeutung verlieren. Das Kapital fließt immer dahin, wo die höchsten Profite erzielbar sind, und das ist eben dort, wo sich die neuen industriellen Zentren ausbilden. Es versteht sich von selbst, daß dies in ganz besonderem Maße für ein kapitalistisches Wirtschaftsgebilde wie Westberlin gilt, das sich mit diesen Wirtschaftsräumen eng verbunden hat. Die Folge ist, daß der Kapitalzustrom aufhört und sich hier schließlich die Randproduktionen massieren — und damit die Pleiten; seit 1970 haben in Westberlin 26 Prozent aller Industriebetriebe geschlossen gegenüber 6 Prozent im gleichen Zeitraum in der BRD.² Hier wird auch deutlich, daß das Gewicht der Investitionsgüterindustrien in Westberlin in zweierlei Hinsicht Bedeutung hat: einmal, weil dadurch die Gesamtentwicklung in Westberlin ohnehin wesentlich von der spezifischen Bewegung der Investitionen in dem kapitalistischen Raum beeinflußt wird, dem es verbunden ist. Zum anderen, weil dieser Verbund obendrein noch dazu geführt hat, daß die Verflechtungsbeziehungen der Westberliner Investitionsgüterindustrien immer weniger auf Wachstums- und immer mehr auf Randproduktionen bezogen wurden.

Um diesem unter kapitalistischen Bedingungen gewissermaßen gesetzmäßigen Auszehrungsprozeß entgegenzuwirken, ist die staatliche Steuerung über den Kapitalverwertungsmechanismus kein Ausweg. Um den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang der Produktion entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen zu gestalten, muß man schon

² Vgl. Der Tagesspiegel, 15. 9. 1977

direkt in die Kapitalbewegung eingreifen. Natürlich ergibt sich auch hier immer das Problem, wieweit solche gesellschaftlichen Regulierungen auf kapitalistischer Grundlage tatsächlich in der notwendigen Richtung wirksam werden können. Jede staatliche Maßnahme, gleich welcher Art, setzt ja auch Profitbedingungen, die die Kapitalbewegung beeinflussen. Solange sich die Produktion auf der Basis kapitalistischer Unternehmen vollzieht, bleibt also immer die Frage offen, wieweit die spontane Kapitalbewegung die notwendige gesellschaftliche Regulierung durchkreuzt oder gar zunichte macht. Auf jeden Fall reichen die bisherigen staatlichen Steuerungsmaßnahmen nicht aus. Durch steuerliche Maßnahmen, Subventionen u. ä. kann man zwar den Kapitalfluß beeinflussen. Man kann Produktionen nach Westberlin holen, indem man entsprechende Verwertungsbedingungen für das Kapital setzt. Dennoch bleibt dieser Kapitalfluß anarchisch, und Produktionen, wie etwa die der Schokoladenindustrie, der Zigarettenindustrie usw., die tatsächlich nach Westberlin gekommen sind, bilden noch keinen Produktionsverbund, keinen mehr oder weniger geschlossenen Produktionsorganismus, der eigenständig Verwertungsbedingungen setzt, die einen kapitalistischen Entwicklungsprozeß in Gang setzen und halten können. Solche Produktionen gleichen gewissermaßen Düngemittelfabriken in rein landwirtschaftlichen Gebieten, d. h. sie sind unstabil und nur durch das ständige Setzen solcher besonderen Bedingungen zu halten. Gewiß, sie können den Kern einer Entwicklung bilden, aus der sich nach Jahren oder Jahrzehnten ein leistungsfähiger und blühender Produktionsorganismus entwickelt. Aber allein schon der Zeitraum, den wir hier voraussetzen müssen, zeigt, daß dies mit dem Profit als einzigem Regulator und einziger Triebkraft der Produktion eben nicht geht. Es verlangt vielmehr staatliche Regulierung über Jahre hinaus und vor allem eine vorausschauende Entwicklungsplanung, die allerdings ihrerseits notwendigerweise wieder auf die Grenzen kapitalistischer Verhältnisse stoßen wird. Zuschüsse allein helfen hier jedoch absolut nicht. In dieser Beziehung ist in Westberlin bisher schon genug geklotzt worden, ohne daß auch nur der Produktionsrückgang wesentlich verzögert werden konnte. Man muß sich das wirklich einmal vor Augen halten, um zu sehen, wie zwingend sich eine Entwicklungsplanung aufdrängt: Von 1964 bis 1974 hat sich die Kreditförderung der Wirtschaft etwa versechsfacht, die Investitionszulagen haben sich etwa verachtfacht; von allen anderen Förderungsmaßnahmen einmal abgesehen. Allein die Investitionszulagen für das produzierende Gewerbe erreichten 1974 schon eine Größenordnung, die fast einem Drittel aller industriellen Investitionen entsprach, d. h.: Fast ein Drittel aller Investitionen der Westberliner Industrie wurden 1974 schon vom Staat bezahlt, bar, und trotzdem war es nicht möglich, den Kapitalfluß in die Stadt zu lenken. Ein deutlicheres Licht kann man auf die Perspektiven der vom Senat programmierten Entwicklung nicht werfen.

Es kommt hinzu, daß diese Entwicklung heute an einem gefährlichen Punkt angelangt ist. Der technische Fortschritt hat eine Grenze erreicht, an der er sich ohne großangelegte Konzentration der Produktion und ohne Rationalisierungsmaßnahmen in ganz neuen Dimensionen nicht mehr vollziehen kann. Man kann ihn daher einfach nicht mehr in der alten spontanen Weise ablaufen lassen. Die soziale Problematik, die dieser Prozeß mit sich bringt, wird immer mehr Arbeitern, Betriebsräten und Gewerkschaftern bewußt und spielt eine wesentliche Rolle bei den Forderungen nach dem Aufbau paralleler Alternativproduktionen und damit im gewerkschaftlichen und politischen Kampf der Arbeiterbewegung um gesellschaftliche Kontrolle und Mitbestimmung. Diese mit dem technischen Fortschritt generell verbundene Problematik ist kein auf Westberlin allein beschränktes Problem. Sie hat in allen kapitalistischen Ländern dazu geführt, daß die Arbeitslosigkeit chronischen Charakter angenommen hat. Sie hat daher auch dazu geführt, daß die Arbeiterklasse in allen kapitalistischen Ländern die Forderung nach gesellschaftlicher Kontrolle und Mitbestimmung erhebt.

Der Prozeß der „Freisetzung“ von Arbeitskräften beschleunigt sich heute beträchtlich. Auch das zeigt sich besonders deutlich in Westberlin: In den beiden Fünfjahresperioden von 1965 bis 1970 und von 1970 bis 1975 ist in der Westberliner Industrie — bei gleichbleibendem Umsatzwachstum um jeweils 35 Prozent — die Zahl der Beschäftigten in der ersten Periode um 8 Prozent, in der zweiten aber um 23 Prozent gesunken, d. h., das Tempo der Arbeitsplatzvernichtung hat sich verdreifacht. Von 1975 zu 1976 hat sich die

Zahl der Arbeitsplätze sogar um 10 Prozent verringert; sie ist also in diesem einen Jahr schneller gesunken als in dem ganzen ersten Fünfjahreszeitraum und schneller als im Schnitt der Jahre 1970/75. Und das ist erst der Anfang. Inzwischen hat dieser Vernichtungsprozeß von Arbeitsplätzen auch andere Bereiche erfaßt, die Büroarbeiten, die Bereiche des Handels, der Dienstleistungen, der öffentlichen Verwaltung.³

Namentlich in bezug auf die produzierenden Bereiche aber wird Westberlin von diesem Prozeß wieder besonders getroffen. Solange die Konzentration der Produktion nur die örtliche Industrie erfaßt, bleibt wenigstens die Produktion an sich noch in der Stadt. Sobald aber die mit der Produktion in der BRD verbundenen Zweige und die großen Konzerne mit ihren spezifischen Problemen erfaßt werden, bedeutet technischer Fortschritt in der Regel bisher auch Verlagerung der Produktion. Was in Westberlin verbliebe, sind nur die vernichteten Arbeitsplätze.

Entspannungspolitik und Standortvorteil

Wenn wir uns die Ausgangsproblematik in Erinnerung rufen, so zeigt sich deutlich, daß die Politik des kalten Krieges die ökonomische Lebensfähigkeit der Stadt ausgehöhlt hat. Sie ist ja ursächlich einmal für die einseitige Verbindung der Stadt mit dem kapitalistischen Wirtschaftsraum und damit für ihre besondere Abhängigkeit von den Wechselfällen kapitalistischer Investitionsprozesse und zum anderen für das Abbrechen der gewachsenen Produktionsverflechtungen, aus denen sich, aus den Gesetzmäßigkeiten der Kapitalbewegung heraus, der Auszehrungsprozeß mit Notwendigkeit ergeben mußte.

Dieses Abbrechen historisch gewachsener Produktionsbeziehungen zeigt sich deutlich an der Entwicklung der Absatzbeziehungen des Maschinenbaues. Noch 1950, also bereits während des kalten Krieges, gingen rund 17 Prozent der gesamten Westberliner Maschinenbauproduktion in die DDR. 1965, auf dem Höhepunkt des kalten Krieges, waren es dagegen nur noch 0,8 Prozent. Und selbst 1975, nach einer Periode der Entspannung, waren es erst wieder 5 Prozent. Die bestehende Produktionsverflechtung ist also radikal unterbrochen worden. Auf der anderen Seite zeigt diese Entwicklung von 1965 bis 1975 auch, wie lebenswichtig die Entspannungspolitik gerade für Westberlin ist: Schon der bisherige kurze Zeitraum der Entspannung hat ausgereicht, um neue Warenbeziehungen in doch beachtlichem Ausmaß entstehen zu lassen, die geeignet sind, die ökonomische Grundlage Westberlins zu stabilisieren, sofern sie sich weiterentwickeln können. Man darf dabei ja nicht nur die Neuentfaltung von Produktionszusammenhängen sehen, sondern man muß auch die Stabilität geplanter und daher gleichmäßig ablaufender und wachsender Investitionsprozesse im Auge haben.

Allerdings muß man sich davor hüten, anzunehmen, die Entspannungspolitik allein reiche aus, um die ökonomische Situation der Stadt zu stabilisieren. Sie schafft die Voraussetzungen dafür, weil sich nur auf dieser Basis die allgemeinpolitischen Rahmenbedingungen ergeben, auf deren Grundlage sich die stabilisierenden neuen Warenbeziehungen zum sozialistischen Wirtschaftsraum entwickeln können. Krieg, in welcher Form auch immer, ist der Feind des Handels und der Warenproduktion — das ist eine uralte Erkenntnis. Daher ist die Entspannungspolitik die Grundlage der Entwicklung solcher Warenbeziehungen. Das muß man wirklich ernst nehmen: ohne Entspannungspolitik geht die Herstellung solcher Beziehungen einfach nicht. Aber sie selbst entwickelt diese Beziehungen nicht. Sie kann die ökonomischen Widersprüche nicht beseitigen, von denen das ganze kapitalistische System geschüttelt wird, sie kann den Konzentrationsprozeß des Großkapitals nicht aufheben, sie kann also jene Krisenprozesse nicht aufheben, die das kapitalistische System treffen und deren Auswirkungen sich in Westberlin besonders geltend machen, weil die Frontstadtpolitik hier eben schon sehr tiefgreifende Verstümmelungen hervorgerufen hat.

Es bedarf also noch anderer Maßnahmen als das Setzen allgemeinpolitischer Rahmenbedingungen, um diese Probleme zu lösen. Es bedarf zunächst einmal überhaupt eines Entwicklungskonzeptes für diese Stadt, das von den durch das Vierseitige Abkommen und

³ Vgl. den Beitrag von Rita Rösner und Hans Schoenefeldt in dieser Ausgabe

von den durch die Verfassung gegebenen Grundlagen ausgeht und das dann auch konsequent verwirklicht werden kann. Diese Konzeption und ihre Verwirklichung ist auch das Maß, an dem die Parteien im Abgeordnetenhaus zu messen sind. Mit Phrasen von den Selbstheilungskräften der Marktwirtschaft kommen wir hier nicht weiter. Wer den Unternehmern 30 % der Investitionen bezahlt, der greift ganz massiv in den Marktmechanismus ein und der muß schon böswillig sein, wenn er dabei — und nach dem bisherigen Mißerfolg — auch noch den Marktmechanismus als Allheilmittel preist. Es bedarf der Kontrolle und Mitbestimmung der Arbeiter, aller Werktätigen und ihrer Gewerkschaften in bezug auf das wirtschaftliche Geschehen im Betrieb und über den betrieblichen Rahmen hinaus, weil anders die Verwirklichung der notwendigen Entwicklung entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht gewährleistet ist. Es bedarf ihrer Kontrolle über die Investitionen, um die vorhandenen Mittel konsequent entsprechend einer langfristigen Konzeption zum Aufbau einer neuen Produktionsstruktur einsetzen zu können.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß eine solche Konzeption nicht verwirklicht werden kann, ohne den Konkurrenzmechanismus, zumindest in bestimmter Hinsicht, außer Kraft zu setzen. Rationalisierungsprozesse dürfen auf keinen Fall mehr unkontrolliert ablaufen. Arbeitsplatzvernichtung, wie in der Kleinmotorenfertigung der AEG oder der Spinnstofffabrik Zehlendorf, ohne den Aufbau von Alternativproduktionen, darf nicht mehr vorkommen. Das ist natürlich auch ein Eingriff in die Kapitalbewegung, ein Eingriff in die Profitproduktion und in die Profitverwendung und ruft folglich den Widerstand des Kapitals hervor. Die Durchsetzung solcher Prozesse ist daher nur möglich, wenn sie durch die Arbeiterklasse und die daran auch interessierten werktätigen Schichten abgesichert wird. Hier geht es ja eben darum, daß Entwicklungen durchgesetzt werden müssen, die sozialen Rationalitätskriterien entsprechen — wie sie etwa auch in der Verfassung Westberlins niedergelegt sind —, nicht aber denen des Profits als Orientierungsmaßstab. Um nicht mißverstanden zu werden: Kapitalistische Rationalität orientiert sich immer an der Kapitalverwertung, am Profit. Dagegen ist eine Entwicklung durchzusetzen, die sich an den Interessen der Werktätigen, den Interessen der ungeheuren Mehrzahl der Bevölkerung orientiert. Das heißt, diese Interessen selbst müssen der Maßstab werden für die Bewegung der Wirtschaft. Insofern ist jede Entwicklung begrüßenswert, die dazu dient, die produktive Kraft der Bewohner dieser Stadt wirksam werden zu lassen, diese Stadt zur Blüte zu bringen. Es ist ja widersinnig, daß ein so großer gesellschaftlicher Produktionsorganismus, wie er in einer Stadt mit fast zwei Millionen Einwohnern verkörpert ist, der also auch eine enorme produktive Potenz darstellt, nicht in der Lage sein soll, sich seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen! Jede Maßnahme in dieser Richtung ist sozial rational; sie entspricht den Interessen des einzelnen werktätigen Bürgers wie der Gemeinschaft. Sie ist sozial rational auch dann,

wenn sie unmittelbar unrentabel ist, d. h., wenn ihre produktive Kraft erst mittel- oder langfristig wirksam wird. Kapitalistisch rational ist aber nur eine Entwicklung, die unmittelbar oder kurzfristig Gewinn abwirft. Dieses beschränkte Rationalitätskriterium kann die notwendigen Entwicklungen nicht mehr gewährleisten. Es geht daher darum, um das an einem Beispiel deutlich zu machen, die gesellschaftlichen Mittel bewußt zur Schaffung von Produktionsstätten einzusetzen, auch wenn diese erst im Laufe der Jahre, im Zuge der geplanten Gesamtentwicklung, rentabel werden, anstatt sie anarchisch, nur dem Profitmechanismus folgend, in solche Milliardengräber wie den Steglitzer Kreisel fließen zu lassen.

Wie sich das im einzelnen vollziehen wird, ist heute noch nicht abzusehen. Das ist eine Frage des politischen Kampfes der Arbeiterklasse bzw. der Werktätigen überhaupt. Allein diese haben ein Interesse und entwickeln auch ein drängendes Bedürfnis nach Veränderung der gegebenen Zustände. Die Monopolbourgeoisie selbst ist nicht interessiert, denn sie kann auch aus dem Fäulnisprozeß der Stadt Profit ziehen. Vom Erfahrungs- und Formierungsprozeß der Werktätigen als der gesellschaftlichen Kraft, die die Entwicklung gestalten muß, hängt es daher ab, wie schnell und in welchen Formen sich diese Entwicklung vollziehen wird. Fest steht nur, daß die Lösung der Probleme auf kapitalistischer oder, wie man so schön sagt, marktwirtschaftlicher Ebene nicht möglich ist. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte sprechen da wohl eine eindeutige Sprache. Gerade im Hinblick auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Nutzung des Standortvorteils sind von der SEW bereits auf ihrem II. Parteitag im Jahre 1970 umfassende Vorschläge gemacht worden. Diese Vorschläge zur Entwicklung zukunftsträchtiger Industriezweige sind erneut auf der 3. Tagung des Parteivorstandes der SEW im Oktober 1977 in die Diskussion um eine positive Entwicklung der Stadt eingebracht worden.

Eine ganze Reihe anderer Probleme werden sich ebenfalls ergeben. Stabile Wirtschaftsbeziehungen zum sozialistischen Wirtschaftsraum müssen arbeitsteilig begründete Beziehungen sein. Solche Beziehungen gibt es mit sozialistischen Ländern bisher noch nicht (und mit kapitalistischen Ländern sind sie zerbrochen bzw. in die von Zusatzkapazitäten einer „verlängerten Werkbank“ verwandelt worden). Darüber darf auch die starke Steigerung der Maschinenbauexporte in die DDR in der bisherigen kurzen Entspannungsperiode nicht hinwegtäuschen. Das ist gewissermaßen noch der Austausch von Überschussprodukten. Auch dieser Export läßt sich noch ganz beträchtlich steigern, aber er bleibt natürlich störanfällig. Solche Probleme fallen erst in dem Maße weg, in dem sich arbeitsteilige Wirtschaftsbeziehungen entwickeln. Hier wird sogar ein Standortvorteil greifbar, den Gerhard Danelius ausspricht: „Der natürliche Standortvorteil unserer Stadt schafft günstige Voraussetzungen für den Ausbau langfristiger und stabiler Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR und anderen sozialistischen Ländern, also mit einem Markt, der nicht den Schwankungen der kapitalistischen Konjunktur und Krise unterliegt“ (die für Westberlin aufgrund des hohen Anteils der Investitionsgüterindustrie besonders gravierend sind, R. K.), „sondern sich planmäßig entwickelt . . . Es böte sich also geradezu an, Kooperationsbeziehungen mit sozialistischen Staaten aufzunehmen und zu erweitern.“⁴ Dazu fehlt es aber noch an den grundlegenden Fundamenten, die nur durch eine wirklich konsequente Entspannungspolitik gelegt werden können. So wie die Dinge heute liegen, sitzen an den ökonomischen und politischen Schaltstellen in der BRD und in Westberlin noch solche Leute, die — sie sprechen das in ihrem Größenwahn auch ganz offen und schamlos aus — ökonomische Vorteile und positive politische Entwicklungen durch das Anheizen von Spannungen in Frage stellen und ökonomische Beziehungen als Hebel politischer Erpressung mißbrauchen wollen.

Ich habe hier einige Probleme nur angeschnitten. Die Lösungswege werden vielfältig sein. Der ökonomische Auszehrungsprozeß macht aber mit aller Dringlichkeit klar, daß man jetzt handeln muß, wenn man das Schicksal der Stadt wenden will, und daß man sich in diesem Handeln weder von den Wechselfällen der Politik in der BRD noch dem Wirken der kalten Krieger in Westberlin abhängig machen lassen darf.

⁴ G. Danelius, Für eine demokratische Wirtschafts- und Sozialpolitik, im Dokumentationsteil dieser Ausgabe